

# Streit um Kinderbetreuung

12. Dezember 2008 | 04:00 Uhr | Von Michaela Lauterbach Eckernförder Zeitung

Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Dänischenhagen war erneut Streitthema in der Gemeindevertretung.

Das Thema Betreuung von unter Dreijährigen in der Gemeinde Dänischenhagen sorgte für Zündstoff in der Gemeindevertretersitzung am Mittwochabend. Einig war man sich, so wie von SPD und FDP/WIR in einem Antrag formuliert, zügig einen Träger zu suchen, der ein Konzept vorstellt, um die Aufgabe der Betreuung sowohl im Tagespflegemodell als auch in einer Krippe zu übernehmen. Haushaltsmittel für die Planungen sollen bereitgestellt werden. Doch während die SPD und FDP/WIR in ihrem gemeinsamen Antrag zusätzlich einen Betrag von 15 000 Euro in den Haushalt 2009 eingestellt wissen wollten, um wie bisher das Tagespflegepersonal von Seiten der Gemeinde zu bezuschussen, lehnte Peter Backen (CDU) das ab.

Er hielt nichts davon, die 15 000 Euro "mit breiter Gießkanne" zu verteilen, sagte er. "Die CDU-Fraktion vertritt weiterhin die Auffassung, dass der Neubau einer Krippe der wirtschaftlich vernünftigste Weg ist." Sein daraufhin, auch mit Blick auf die dafür zugesagten Fördermittel, im Namen der CDU formulierter Antrag, den Neubau einer Krippe sofort zu beschließen, wurde abgelehnt. "Wir wollen die Tagesmütter weiter so wie bisher entlasten", machte Ursula Liewert (SPD) noch einmal deutlich. Dem stimmte Dietmar Wagner (FDP) zu. "Es ist ein Signal, dass die Betreuung von unter Dreijährigen in der Gemeinde stattfinden soll." Dem gesamten Antrag der SPD und FDP/WIR wurde schließlich mit acht Stimmen der SPD und FDP bei sieben Gegenstimmen und zwei Enthaltungen stattgegeben. Aus diesem Grund sah sich vor allem Peter Backen (CDU) auch anschließend nicht in der Lage dem Haushaltsplan 2009, in den die 15 000 Euro eingestellt wurden, zuzustimmen.

Der Haushaltsplan 2009 mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 4,317 Millionen Euro und im Vermögenshaushalt in Höhe von 376 700 Euro wurde mit geringfügigen Änderungen zur Empfehlung aus dem Finanzausschuss bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen der CDU-Mitglieder beschlossen.

Weiter beschlossen die Gemeindevertreter, dass Bürgerfragen nicht nur in der Einwohnerfragestunde jeder Gemeinderats- oder Ausschusssitzung, sondern auch vor der Beratung zu einzelnen Tagesordnungspunkten möglich sein sollen. Der Antrag der FDP, Bürgerfragen auch während der Beratungen zuzulassen, wurde, wie auch schon im Finanzausschuss, bei vier Ja-Stimmen der FDP abgelehnt. Die FDP-Fraktion wollte damit den politischen Austausch in der Gemeinde fördern. "Irgendwann muss der demokratische Vorgang weitergehen, ohne dass die Bürger eingreifen können", meinte Peter Backen (CDU). Auch Horst Mattig (SPD) sah in der eigentlichen Beratung die ureigenste Aufgabe der Gemeindevertreter als Vertreter aller und nicht nur der anwesenden Bürger. "Sie sollen gerne vor jedem Tagesordnungspunkt zu Wort kommen", sagte er, "aber wir möchten keine Diskussion während der Beratung."

Weitere Themen:

. Aufgrund geplanter Kanalreparaturen werden die Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung angehoben. Die Gebühr für Schmutzwasser erhöht sich von 2,84 Euro auf 3,58 Euro pro Kubikmeter, die Niederschlagswassergebühr von 15,63 Euro auf 22,51 Euro pro Einheit im Jahr.

. Der Antrag eines Anwohners, den Sturenhagener Weg im Bereich der Geschlossenen Ortschaft "Sturenhagen" als Tempo-30-Zone auszuweisen, wurde abgelehnt. Auch die Idee aus dem Bauausschuss, dem Wunsch des Anwohners nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung mit einer Aufpflasterung nachzukommen, fand keine Zustimmung.

. Die Gemeindevertreter beschlossen, wie vom Sozialausschuss empfohlen, dass die Ferienbetreuung, wie von der FDP/WIR-Fraktion beantragt, allen Kindern zugänglich sein soll.

. Überplanmäßige Ausgaben für die Bezuschussung von Jugendpflegefahrten, wurden, wie vom Finanzausschuss empfohlen, genehmigt.

. Auf Antrag der FDP/WIR-Fraktion soll, wie im Sozialausschuss befürwortet, ein Dorffest in Dänischenhagen stattfinden. Der Termin steht noch nicht fest. Damit die sich beteiligenden Vereine und Verbände nicht in Vorleistung treten müssen, beschlossen die Gemeindevertreter, 10 000 Euro in den Haushalt einzustellen.

. Wie vom Bau- und Umweltausschuss empfohlen, stimmten die Gemeindevertreter für den Antrag der FDP, die Pflege der Grünanlagen nach Vorschlag der Bauhofmitarbeiter kostengünstiger zu gestalten.

. Der Antrag des MTV Dänischenhagen auf Bezuschussung einer Schließanlage fand, wie bereits im Sozialausschuss, keine Mehrheit.

. Die kommunalen Liegenschaften Strander Straße 14 und 16 sollen in 2009 saniert werden, nachdem ein Gutachter eine Prioritätenliste erstellt hat.

. Um die gemeindliche Arbeit transparenter zu machen, beschlossen die Gemeindevertreter, Einladungen, Vorlagen und Protokolle zu Sitzungen sowie die geschäftlichen E-Mail-Adressen der Gemeindevertreter auf der Internetseite des Amtes zugänglich zu machen.

. Die Gemeindevertretung fasste den Grundsatzbeschluss zur Gründung einer Pflegedienstgesellschaft des Zweckverbands Altenheim Gettorf mit dem Verein Brücke Rendsburg-Eckernförde.